

BLICKPUNKT **NORDHESSEN**

INFORMATIONEN DES SPD-BEZIRKS HESSEN-NORD

„KONZENTRATION AUF ELEKTROMOBILITÄT DARF NICHT ZERREDET WERDEN!“

NORDHESSISCHE SPD TAUSCHT SICH MIT BETRIEBSRAT DES VW-WERKS BAUNATAL ZUR TRANSFORMATION DER AUTOMOBILINDUSTRIE AUS



Die SPD Nordhessen beim VW-Betriebsrat in Baunatal. V.l.n.R.: Alexandra Daum (VW-Betriebsrätin), Christian Wetekam (VW-Betriebsrat), Manuela Strube (stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Hessen), Günter Rudolph (MdL), Florian Schneider (MdL), Oliver Ulloth (MdL), Esther Kalveram (MdL), Armin Wicke (Geschäftsführer VW-Betriebsrat), Timon Gremmels (MdB), Esther Dilcher (MdB), Betriebsratsvorsitzender Carsten Büchling, Sven Gries (VW-Betriebsrat), und Bilal Sahin (VW-Betriebsrat) | (Foto: SPD Hessen-Nord)

Die nordhessische SPD informierte sich am 20.03.23 beim Betriebsrat des VW-Werks Baunatal und ihrem Vorsitzenden Carsten Büchling über den Wandel des Werks hin zu einem nachhaltigen und innovativen Technologie- und Produktionsstandort.

Carsten Büchling erläuterte dabei dem SPD-Bezirksvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Timon Gremmels, dem Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Günter Rudolph, der Stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden Manuela Strube, der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und den Landtagsabgeordneten Esther Kalveram, Florian Schneider

und Oliver Ulloth den „Kasseler Weg 2030“.

Mit diesem will sich der Kasseler VW-Standort den Anforderungen an Umwelt- und Klimaschutz, den Transformationsherausforderungen der Mobilitätswende, der Entwicklung innovativer und wirtschaftlicher Produkte sowie der Sicherung der Arbeitsplätze vor Ort stellen.

„Für uns Sozialdemokrat*innen ist der Betriebsrat der erste Ansprechpartner. Uns ist es wichtig, bei der Transformation alle Beschäftigten und den Arbeitsplatzertzerhalt in der Region zu unterstützen. Dabei bekennen wir uns auch klar zur Förderung des E-Antriebs.“

Timon Gremmels

Timon Gremmels betonte im Gespräch: „Für uns Sozialdemokrat*innen ist der Betriebsrat der erste Ansprechpartner. Uns ist es wichtig, bei der Transformation alle Beschäftigten und den Arbeitsplatzertzerhalt in der Region zu unterstüt-

zen. Dabei bekennen wir uns auch klar zur Förderung des E-Antriebs.“

Gremmels machte ebenfalls deutlich, dass er die vom hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein (CDU) geäußerten Zweifel am Gelingen der Transformation hin zum E-Antrieb ausdrücklich nicht teilt.

„Allein VW investiert bis 2027 rund 120 Milliarden Euro in den Ausbau der E-Mobilität und die Digitalisierung. Hier braucht es öffentliche Unterstützung und niemanden, der durch Zweifel die Beschäftigten und den Markt verunsichert. Der VW-Standort Baunatal stellt sich zusammen mit den Beschäftigten den Herausforderungen. Statt der Technologie von gestern nachzutauern, sollte Boris Rhein sich lieber um die Gestaltung der Zukunftstechnologien kümmern. Hier ist gerade in Hessen noch viel zu tun, wie z.B. die deutschlandweit längsten Genehmigungsverfahren für neue Windräder eindrucksvoll zeigen“, so Gremmels.



Liebe Genossinnen und Genossen,

die nordhessische SPD unterstützt eine sozialverträgliche Energiewende deutlich. Der Ausbau von Windkraft und Photovoltaik schafft Arbeitsplätze und Wertschöpfung bei uns vor Ort.

Auch im Wärmebereich muss die Energiewende und der Klimaschutz vorangebracht werden. Unser Ziel ist es, bis 2045 klimaneutral zu werden. Es ist Aufgabe der SPD, darauf zu achten, dass das insbesondere für Mieter*innen und Eigenheimbesitzer*innen sozialverträglich gestaltet wird. Niemand darf ein Haus verlieren, nur weil er oder sie sich keine neue Heizung mehr leisten kann. Bestehende Heizungen müssen nicht herausgerissen werden. Dazu braucht es großzügige Übergangsfristen und Ausnahmen.

Die Wärmepumpe - bestenfalls made in Nordhessen - wird für die künftige Wärmeversorgung eine entscheidende Rolle spielen. Ich bin mir sicher: Sie wird in den nächsten Jahren durch den weiteren Markthochlauf günstiger und effektiver. Dennoch muss es auch andere Erfüllungsoptionen geben – wie Solarthermie, Wasserstoff oder den Anschluss an ein Nahwärmenetz. Wichtig ist, dass Hausbesitzer*innen und Mieter*innen finanziell auskömmlich gefördert und zuvor unabhängig beraten werden.

Wenn wir dies berücksichtigen, gelingt die soziale Wärmewende. Auch hier gilt: Langfristig sind die erneuerbaren Energien die preisgünstigste Alternative zum Heizen mit Öl und Gas.

Euer

Timon Gremmels

STARK FÜR NORDHESSEN

WIR STELLEN DIE KANDIDIERENDEN ZUR LANDTAGSWAHL IM BEZIRK HESSEN-NORD VOR

In den kommenden Ausgaben des Blickpunkt Nordhessen stellen wir unsere nordhessischen Kandidierenden für die Landtagswahl am 8. Oktober vor. Dabei starten wir die Serie mit Karina Fissmann (Rotenburg), Latif Hamamiyeh Al-Homssi (Waldeck-Frankenberg I), Tanja Hartdegen (Hersfeld), Knut John (Eschwege-Witzenhausen) und Dr. Martin Herbold (Schwalm-Eder II).

Latif Hamamiyeh Al-Homssi – Waldeck-Frankenberg I

„Nach 24 Jahren CDU-Regierung ist es an der Zeit für Veränderung. Es ist an der Zeit für einen sozialdemokratischen Aufbruch.“

Die Wahlkreisconferenz der SPD Waldeck-Frankenberg wählte ihren Kandidaten für die Landtagswahl einstimmig am 28.01.23: Latif Hamamiyeh Al-Homssi aus Waldeck setzt auf einen politischen Richtungswechsel bei der Landtagswahl am 8. Oktober. Er steht für eine junge, fortschrittliche Generation im ländlichen Raum.



FOTO: LATIF HAMAMIYEH AL-HOMSSI

Infrastruktur, medizinische Versorgung. Digitalisierung, ÖPNV, Mobilfunknetz: Der 33-Jährige sieht die Vertretung ländlicher Räume, besonders natürlich Nordhessen, als Schwerpunkt seiner politischen Arbeit: „Hier muss manches neu gedacht und neue Wege eingeschlagen werden.“

Auch die Bekämpfung von Rassismus und die Förderung von Integration hat er sich auf die Fahnen geschrieben. „Von klein auf musste ich lernen, mit

Stereotypen, strukturellem und vor allem direktem Rassismus umzugehen. Ich habe früh entschieden, dies nicht zu akzeptieren und mich zur Wehr zu setzen. Es gehört zu meiner DNA, den Kampf gegen Rechts voranzutreiben.“

Karina Fissmann – Rotenburg

„Alle Menschen müssen eine Perspektive bekommen, egal, wo sie leben!“

Landrat Torsten Warnecke und der Bundestagsabgeordnete Michael Roth bezeichneten sie als Brückenbauerin und als eine Frau, die engagiert und couragiert den Menschen auf Augenhöhe begegne. Das müssen die 43 Delegierten in der Wahlkreisconferenz am 20.01.23 in Bebra ebenso gesehen



FOTO: KARINA FISSMANN

haben. Denn sie wählten die Landtagsabgeordnete Karina Fissmann mit 100 Prozent erneut zur Bewerberin für den Wahlkreis 10 (Rotenburg) bei der Landtagswahl am 8. Oktober.

In ihrer Rede hob die 36-jährige Diplom-Verwaltungswirtin hervor, dass es den hessischen Sozialdemokrat*innen wichtig sei, dass Stadt und Land nicht weiter auseinanderdriften. „Alle Menschen müssen eine Perspektive bekommen. Egal, wo sie leben“, betonte Fissmann und forderte für ihre Partei, den Kommunalen Finanzausgleich (KFA) zu reformieren. Kommunen „als Keimzelle unserer Demokratie“ bräuchten mehr finanzielle Spielräume. Strukturschwache und ländliche Räume müssten im KFA besonders berücksichtigt werden, betonte die Abgeordnete. In der Landesentwicklungsplanung gelte es Nord- und Osthessen zu stärken und „Regionen der kurzen Wege“ zu etablieren. Zudem brauche der ländliche Raum neue Behörden- und Bildungseinrichtungen sowie gesicherte Berufsschulstandorte.

Tanja Hartdegen – Hersfeld

„Dass es im ländlichen Raum gute, sozialversicherte und mitbestimmte Arbeitsplätze gibt, ist keine Selbstverständlichkeit. Diese zu erhalten, hat eine hohe Priorität für mich.“

Auf der Wahlkreisconferenz am 27.01.23 haben die Sozialdemokrat*innen die Landtagsabgeordnete Tanja Hartdegen als ihre Landtagskandidatin für den Wahlkreis Hersfeld mit 97% gewählt. Sie sieht sich vorrangig als Stimme des ländlichen Raums und der heimischen Region.

„Im Bereich Landesstraßenvermögen brauchen wir dringend deutlich mehr Investitionen. Denn wir im ländlichen Raum sind sowohl stärker auf das Auto angewiesen als auch auf den ÖPNV – was bei uns eben häufig Busverkehr bedeutet. Und auch der benötigt gute Straßen.“

Einen weiteren Schwerpunkt sieht Hartdegen darin, die Kommunen ihres Wahlkreises zu unterstützen und deren Finanzierung abzusichern: „Was wir brauchen, sind originäre Landesmittel für unsere Städte und Gemeinden.“



FOTO: TANJA HARTDEGEN

Die Landtagsabgeordnete ging auch auf die seit Jahren chronische Unterfinanzierung der Krankenhäuser durch die Landesregierung ein. Die ausreichende Finanzierung der Krankenhäuser sei die gesetzliche Verpflichtung einer Landesregierung.

Zudem fordert Hartdegen ein Hessen-Ticket für alle Kinder. Es sei ungerecht, dass oft wenige Meter Schulweg darüber entscheiden, ob ein Kind ein Ticket bekommt oder nicht.

Knut John – Eschwege-Witzenhausen

„Wir kämpfen für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land und haben daher viele Felder zu bearbeiten.“

Bei der Wahlkreisdelegiertenkonferenz für den Wahlkreis 9 (Eschwege-Witzenhausen, Nieste und Helsa) in Helsa am 17.02.23 wählten die Delegierten Knut John erneut als ihren Kandidaten für die Landtagswahl am 8. Oktober 2023.



FOTO: KNUT JOHN

In seiner Rede brachte es Konstantinos Panou, der Vorsitzende der Jusos Werra-Meißner, auf den Punkt: „Du hast das Herz am rechten Fleck, Knut. Wir brauchen dich in Wiesbaden für unsere ländliche Region!“

Und genau für diese mache sich John seit Beginn seiner Amtszeit stark. „Nordhessen hat keine Bedeutung für die Landesregierung. Ab Friedberg hört Hessen für sie auf“, verdeutlichte John. Als Sprecher für den ländlichen Raum habe er ganz klare Ziele vor Augen, die er in einer Broschüre zusammengefasst habe.

„Wir kämpfen für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land und haben daher viele Felder zu bearbeiten“, erklärte er. Es sei daher Zeit, dass die SPD nach 24 Jahren CDU-Regierung endlich die Regierung in Hessen stellt. Damit auch Nordhessen und der ländliche Raum insgesamt in Wiesbaden wieder an Bedeutung gewinnen.

Dr. Martin Herbold – Schwalm-Eder II

„Wir packen es an und wollen den politischen Wechsel in Hessen!“



FOTO: DR. MARTIN HERBOLD

Die rund 90 Delegierten der SPD-Wahlkreisdelegiertenkonferenz in Borken wählten am 28.01.23 Dr. Martin Herbold als ihren Kandidaten für den Wahlkreis Schwalm-Eder II zur diesjährigen Landtagswahl am 8. Oktober.

Nicht zuletzt seine Arbeit als Lehrer für berufliche Schulen und die vergangenen Jahre in der Kommunalpolitik haben dem 35-Jährigen bewusst gemacht, wie wichtig politische Weichenstellungen für eine Region und das gesamte Bundesland sind. Denn gerade weil viele Dinge nicht so laufen, wie es sich viele Bürger*innen vorstellen und wünschen, reifte in ihm der Entschluss, sich für ein Direktmandat bei der Landtagswahl 2023 innerhalb der SPD zu bewerben.

Zu seinen Zielen gehört es, die Menschen der Region Schwalm-Eder in Zukunft im Hessischen Landtag in Wiesbaden zu vertreten und sich für ihre Belange einzusetzen. Hierbei gilt es, Probleme anzusprechen und für gleichwertige Lebensbedingungen von Menschen in der Stadt und auf dem Land zu sorgen. Der ländliche Raum braucht Fürsprecher*innen. Einer von diesen möchte er sein und pragmatische Politik für die Menschen anstoßen.

MITGLIEDER WERBEN

... **UND EINE FAHRT NACH BERLIN GEWINNEN**

Mitglieder werben und eine Reise nach Berlin mit Blick hinter die Politikkulissen für zwei Personen gewinnen!

Du hast vom 01.01. bis 14.09.2023 Neumitglieder geworben, dann nimmst Du automatisch an unserer Verlosung teil.

Die zwei Hauptpreise sind jeweils eine Fahrt nach Berlin in einer Sitzungswoche des Deutschen Bundestages für 2 Tage.* Im Rahmen des Programms bekommst du einen Einblick hinter die „Politikkulissen“. Unter anderem wird es einen exklusiven Austausch mit der Parteiführung geben sowie eine Teilnahme an der Sitzung der hessischen Landesgruppe. Darüber hinaus werden wir noch weitere Preise verlosen.

So nehmt Ihr teil

Lasst Euren Namen als Werbende*r im dafür vorgesehenen Feld im Mitgliedsantrag eintragen. Bei Onlineeintritten könnt Ihr Euren Namen bei der zuständigen Geschäftsstelle nachtragen lassen.

Pro erworbenes Mitglied gibt es eine Gewinnchance – d.h. ein Los wandert in die Lostrommel. Die Gewinner*innen werden auf dem Bezirksparteitag am 16.09.23 gezogen.

Die Teilnahmebedingungen findest Du auf unserer Website www.nordhessenpartei.de

*Zwei Fahrten für jeweils eine Person – inkl. einer Übernachtung sowie An- und Abreise. Das Programm und der Ablauf folgen. Reisezeitpunkt jeweils nach Vereinbarung.

ANZEIGE

SPD Soziale Politik für Dich.

WIRB EIN MITGLIED



MACH MIT!



Alle Infos zur Kampagne:
LINK.SPD.DE/MISSION/30K



Werbematerialien:
LINK.SPD.DE/MISSION30KSHOP



Social Media-Vorlagen & mehr:
LINK.SPD.DE/MISSION30KBILDER

FÜNF FRAGEN AN ...

... MANUELA STRUBE – BAUNATALS BÜRGERMEISTERIN



FOTO: MANUELA STRUBE

Du warst, bevor Du zur Bürgermeisterin von Baunatal gewählt worden bist, Landtagsabgeordnete. Wie unterscheidet sich das Amt der Bürgermeisterin von Deiner vorherigen Tätigkeit als Landtagsabgeordnete? Was sind die wesentlichen Unterschiede?

Auch wenn man das bestimmt nicht generalisieren kann, ist der zeitliche Aufwand beim Bürgermeisteramt deutlich fordernder als im Landtag. Durch das Pendeln nach Wiesbaden hatte man immer Zeit zum Entschleunigen, Nachdenken und ruhig arbeiten. Das gehört nun der Geschichte an. Zwischen Opposition im Landtag und Spitze einer Verwaltung liegen natürlich auch Welten an Gestaltungsmöglichkeiten. Besonders die Zeit im Petitionsausschuss hat mich sehr geprägt und beeinflusst meine Arbeit im Rathaus täglich. Die Möglichkeiten, etwas direkt zu verändern sind in meiner jetzigen Position deutlich größer.

Wie war Dein allererster Arbeitstag im neuen Amt und vor welchen Herausforderungen standest Du?

An meinem ersten Arbeitstag wurde ich sehr freundlich und mit offenen Armen von den Kolleg*innen begrüßt und empfangen. In den ersten Tagen

galt es das Rathaus mit seiner Struktur und den Kolleg*innen kennenzulernen.

Wie verläuft ein üblicher Arbeitstag bei Dir?

Einen klassischen Arbeitstag gibt es nicht, da es jeden Tag bis zu 16 verschiedene Termine gibt und die den Ablauf bestimmen. Der Tag beginnt für mich meist um 7.45 Uhr, wenn es im Rathaus noch recht ruhig ist. Dann besprechen wir mit dem Vorzimmer und den Kolleg*innen die aktuelle Lage und anstehende Termine. Danach geht es in diverse Rücksprachen, zu Veranstaltungen, Gremiensitzungen und Bürgersprechstunden. Meist bin ich zwischen 21 und 22 Uhr wieder zuhause. Den Familiensonntag versuche ich mir immer freizuhalten.

Was begeistert Dich an Deiner Arbeit – was ist das Reizvolle an Deinem Job?

Baunatal ist meine Heimat. Hier bin ich aufgewachsen und ich kenne jeden Winkel dieser Stadt – auch die Sorgen und Nöte der Menschen und die zukünftigen Herausforderungen. Alles dafür zu tun, dass es den Menschen auch in Zukunft hier gut geht, ist mein täglicher Antrieb und Motivationsmo-

tor. Gerade in diesen haushaltsschwierigen Zeiten hilft keine Augenwischerei, sondern es müssen pragmatische Lösungen her.

Besonders begeistert mich der direkte Austausch mit den Kolleg*innen und den Bürger*innen. Wir haben in Baunatal viel zu bieten und viele Gestaltungsmöglichkeiten, die andere Kommunen gerne hätten. Z.B. wurde ich gewählt, damit Tempo 30 möglichst flächendeckend vor Schulen und Kitas eingerichtet wird – das Ziel konnte ich zügig umsetzen.

Welche Projekte liegen Dir am Herzen, was willst Du in Deiner Amtszeit erreichen?

In meiner Amtszeit möchte ich die Qualität der Kindertagesstätten weiter verbessern und die Bildungslandschaft zukunftsfähig aufstellen. Ich möchte den Haushalt konsolidieren und Baunatal finanziell so aufstellen, dass wir weiterhin die Gestaltungsmöglichkeiten bei unseren freiwilligen Leistungen haben, um Baunatal weiterhin für junge Familien und Sporttreibende attraktiv zu halten. Dazu gehört die Schaffung von neuem, nachhaltigem Wohnraum und die Auflösung des Sanierungsstaus.

POLITISCHE BILDUNG

DAS BILDUNGSPROGRAMM DES SPD-BEZIRKS HESSEN-NORD

IST AB SOFORT ONLINE!

Alle Infos gibt es auf der Website des Bezirks – einfach den QR-Code scannen!



SOCIAL-MEDIA-STAMMTISCH

ONLINE:

11. MAI – 18 BIS 19 UHR

Anmeldung senden an swantje.beisheim@spd.de

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH

KARL KORNMANN
aus Kirchhain zum
93. Geburtstag

ANNELIESE HEINE
aus Bad Emstal zum
96. Geburtstag

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Bezirk Hessen-Nord
Humboldtstr. 8 A
34117 Kassel
Fon: 0561/70010 0
Fax: 0561/7001088
Mail: bezirk.hessen-nord@spd.de
Web: www.spd-hessen-nord.de

VORWÄRTS HESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN

APRIL 2023



Günter Rudolph,
Vorsitzender der SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

Anfang Februar hat die hessische SPD bei unserem traditionellen Hessengipfel in Friedewald Nancy Faeser zur Spitzenkandidatin für die Landtagswahl am 8. Oktober dieses Jahres gekürt. Die einstimmige (!) Entscheidung aller Parteigremien macht deutlich, mit welcher absoluten Geschlossenheit Partei und Landtagsfraktion hinter unserer Landesvorsitzenden stehen. Der Hessengipfel war ein guter Auftakt für das Wahljahr 2023.

Den Schwung des Hessengipfels haben wir mitgenommen in die Veranstaltung zum Internationalen Frauentag am 8. März. Am Vorabend des Weltfrauentags haben sich auf Einladung der Landtagsfraktion starke Frauen getroffen, um einander kennenzulernen, um sich auszutauschen und um das bestehende Frauennetzwerk noch stärker zu machen. Der Ehrengast dieses Abends war wiederum Nancy Faeser – die erste Frau an der Spitze des Bundesinnenministeriums und hoffentlich nach der Landtagswahl die erste Ministerpräsidentin des Landes Hessen.

Abseits solcher großen Events geht auch im Wahljahr die parlamentarische Arbeit im Hessischen Landtag weiter. Die SPD-Landtagsfraktion hat sich vorgenommen, bis zum 8. Oktober, dem Tag der Landtagswahl, die politischen Alternativen zur aktuellen Landesregierung von CDU und Grünen deutlich aufzuzeigen.

Deswegen haben wir beispielsweise ein umfangreiches Konzeptpapier zur Stärkung des ländlichen Raums erarbeitet, das wir dieser Tage der Öffentlichkeit vorgestellt haben. Aus einer ausführlichen Bestandaufnahme haben wir abgeleitet, was zu tun wäre, um die Dörfer und Kleinstädte Hessens zu stützen und zu stärken. Denn Hessen kann es sich nicht leisten, das große Potenzial des ländlichen Raums weiterhin zu ignorieren, wie CDU und Grüne das in der noch amtierenden Landesregierung tun. Unsere Broschüre „So geht ein starker ländlicher Raum“ gibt es auf der Homepage der SPD-Landtagsfraktion zum Download (www.spd-fraktion-hessen.de).

Mit freundlichen Grüßen

Günter Rudolph
Fraktionsvorsitzender

SAVE THE DATE

HESSEMPFANG IN
BERLIN MIT DER
LANDESVORSITZENDEN

NANCY FAESER,

DEM LANDESGRUPPEN-
VORSITZENDEN

TIMON GREMMELS

UND DER BUNDESTAGS-
PRÄSIDENTIN

BÄRBEL BAS

AM 27. APRIL 2023
IN DER
LANDESVERTRETUNG.

VERLEIHUNG DES
GEORG-AUGUST-
ZINN-PREISES

AM 12. JULI 2023
IN WIESBADEN.

IHR HERZ IST IN HESSEN

NANCY FAESER ZUR SPITZENKANDIDATIN FÜR DIE HESSISCHE LANDTAGSWAHL
IM HERBST 2023 NOMINIERT

In ihren Augen stehen Tränen, als sich um sie herum alle erheben, um ihr zu applaudieren. Nancy Faeser ist gerührt, aber sie ist vor allem entschlossen, und sie ist bereit – für das, was da kommt. „Für mich ist Hessen Herzensangelegenheit, meine ganze Leidenschaft. Ich trete dafür an, Hessens erste Ministerpräsidentin zu werden“, sagt sie am Abend des 3. Februar auf dem traditionellen Hessengipfel der hessischen SPD und der SPD-Landtagsfraktion in Friedewald. Zuvor haben die Gremien sie einstimmig als Spitzenkandidatin zur Landtagswahl am 8. Oktober nominiert. Nancy Faeser beweist an diesem Abend, dass sie nichts von ihrer Nahbarkeit – ja, von ihrer Herzlichkeit – in den vergangenen Monaten eingebüßt hat. Vielmehr scheint sie gewonnen zu haben, an Kraft und Klarheit. Nichts lässt daran zweifeln, dass sie es

ernst meint, wenn sie sagt, dass sie die erste hessische Ministerpräsidentin werden möchte. „Ich mache den Menschen in Hessen ein Angebot. Ich trete dafür an, dass Hessen moderner, sozialer und stärker wird. Hessen ist ein starkes Bundesland, aber ich glaube, dass wir weit hinter unseren Möglichkeiten bleiben. Ich glaube, dass wir mehr tun müssen, für gute Arbeit und gerechte Löhne, und dass wir dafür sorgen müssen, dass wir in Zukunft noch gut bezahlte Arbeitsplätze in Hessen haben“, erklärt die Landesvorsitzende vor zig Kameras. Und das, obwohl sie bereits eine Aufgabe hat, für die sie brennt, wie sie sagt. Ihre Partei steht geschlossen hinter ihr, und sie erfährt große Unterstützung ihrer anwesenden Kolleginnen Malu Dreyer und Anke Rehlinger, die in ihren Bundesländern erfolgreiche Ministerpräsidentinnen sind.

Fortsetzung auf Seite 2



VERBÄNDE- ANHÖRUNG GESTARTET – PROGRAMM GEHT IN DIE NÄCHSTE RUNDE

Die große Programmkommission hat im Rahmen des Hessengipfels einen ersten Entwurf für das Landtagswahlprogramm verabschiedet. Dieser Entwurf ist das Ergebnis einer Reihe von Mitmachangeboten der Partei. Das Papier wurde an Verbände, Institutionen und zivilgesellschaftliche Organisationen mit der Bitte um Rückmeldung geschickt. Auch alle SPD-Mitglieder haben nochmals die Chance auf www.spd-hessen.de/zukunft-fuer-hessen-programmentwurf-zur-diskussion/ den Entwurf zu kommentieren. Anschließend wird ein Leit-antrag als Beschlussvorlage für den Parteitag am 17. Juni entworfen. ■

IHR HERZ IST IN HESSEN

NANCY FAESER ZUR SPITZENKANDIDATIN FÜR DIE HESSISCHE LANDTAGSWAHL IM HERBST 2023 NOMINIERT

Fortsetzung von Seite 1

Die schwarzgrüne Landesregierung sei kein Modell mehr für die Zukunft, bekräftigt auch der Fraktionsvorsitzende Günter Rudolph, Hessen müsse moderner, fortschrittlicher und sozial gerechter werden. „Und das geht eben nur mit der SPD. Nancy Faeser ist die Richtige, um Hessen in die Zukunft zu führen“, so Rudolph. Es gehe um ihre Heimat, betont Faeser. „Ich mache ein klares Angebot. Ich möchte das Land gerechter machen, für bezahlbares Wohnen, zukunftsfähige Industrie-arbeitsplätze, einen guten Nahverkehr und konsequenten Klimaschutz sorgen“,

sagt sie. Faeser werde Politik nicht vom Schreibtisch aus gestalten, sondern wie immer in ihrem Leben nah bei den Sorgen der Menschen sein. Die Kritik an ihrer Entscheidung, nur als Ministerpräsidentin nach Hessen zurückzukehren und während der Zeit vor der Wahl das Innenministerium weiterzuführen, hält Faeser aus. Das hat sie gelernt während all der Jahre politischen Engagements – erst auf kommunaler, dann auf landespolitischer und schließlich auf bundespolitischer Ebene. Sie stellt schlicht entgegen: „Es ist eine demokratische Selbstverständlich-



Nancy Faeser wurde am 3. Februar einstimmig von den hessischen SPD-Parteigremien zur Spitzenkandidatin für die Landtagswahl am 8. Oktober nominiert.



QUELLE: PETER JÜLICH

keit, aus einem Amt heraus zu kandidieren.“ Ohnehin sei vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine nicht die richtige Zeit für einen Wahlkampf. Mit ihren ruhigen Antworten auf unbequeme Fragen zeigt sie, dass sie genug Souveränität besitzt, um ein solches Amt auch tatsächlich ausfüllen zu können. Nancy Faeser ist mit großem Rückhalt ausgestattet: mit einem Kabinettschef, der ihr den Rücken stärkt, einer Partei, die geeint hinter ihr steht, und einer Familie, die die Belastung mit ihr gemeinsam stemmen will. Nancy Faeser will die erste Frau an Hessens Spitze werden. Am 8. Oktober wird sich zeigen, ob ihr das auch gelingen kann. ■

HESSEN23 – KOLUMNE DES GENERALSEKRETÄRS CHRISTOPH DEGEN ZUR LANDTAGSWAHL IN HESSEN

Lasst uns über den Tellerrand hinausschauen: Im Saarland lag die SPD im Dezember 2021 bei 19 Prozent, die CDU bei 41 Prozent. Im März 2022 ging die SPD als stärkste Fraktion mit 43,5 Prozent aus der Wahl heraus. Am 23. Juli 2021 lag die SPD im Bund bei 16 Prozent, die Union bei 29 Prozent. Heute stellen wir den Kanzler Olaf Scholz. Natürlich sind Umfragen wichtig, damit wir einen Eindruck bekommen, wie Parteien aktuell wahrgenommen werden. Aber entscheiden wird sich die Wahl erst in den letzten Wochen. Deswegen sollte uns der aktuelle Hessestrend des Hessischen Rundfunks nicht trüben, auch wenn wir in der Sonntagsfrage unser Ziel noch nicht erreicht haben. Was mich aber bereits jetzt optimistisch macht: Die Stimmung in Hessen dreht sich. Die Zufriedenheit mit den Grünen nimmt ab, die SPD wird stärker wahrgenommen. Bildung ist für die Hessinnen und Hessen das wichtigste landespolitische Thema –



Christoph Degen,
Generalsekretär der SPD Hessen

FOTO: CHRISTOPH MATTES

und da trauen sie uns als SPD zu Recht am meisten zu. Und: Die beliebteste Koalition in der hessischen Bevölkerung ist erstmals seit vielen Jahren Rot-Grün. Deshalb wird es in diesem Wahlkampf um eine alles bestimmende Frage gehen: Schwarz oder Rot. CDU oder SPD. Boris Rhein oder Nancy Faeser. Die Menschen wollen, dass die SPD in Hessen eine Führungsrolle einnimmt. Damit sie uns aber auch tatsächlich wählen, müssen wir ihnen ein starkes Angebot machen. Das haben wir! Wir stehen für ein gerechteres, modernes und nachhaltiges Hessen, in dem alle Menschen ein gutes und sicheres Leben führen können, ganz egal wie viel sie verdienen oder wo ihre Familien einmal herkamen. Lasst uns rausgehen, auf die Menschen zugehen und sie von unseren Ideen für unser Land überzeugen. Es gibt eine gute und klare Alternative zum schwarzgrünen Auslaufmodell: die SPD und Nancy Faeser als erste Ministerpräsidentin. ■

SHOOTING UND KICK-OFF ZUR LANDTAGSWAHLKAMPAGNE

FOTOS DER WAHLKREISKANDIDIERENDEN ENTSTEHEN IN FRANKFURT

Das zentrale Fotoshooting für die Kandidatinnen und Kandidaten ist immer etwas Besonderes und ein erster Höhepunkt einer Wahlkampagne für alle Beteiligten. Die Kandidierenden kriegen den ersten Einblick in die Kampagne und sehen erstmals den Entwurf ihres eigenen Plakates, das zum Ende der Sommerferien in ihrem gesamten Wahlkreis zu sehen sein wird. Gerade für diejenigen, die zum ersten Mal für ein Amt kandidieren ist das ein ganz besonderer Moment. Es ist ungewohnt, sein eigenes Gesicht lebensgroß auf einem Plakat zu sehen, aber es macht natürlich vor allem stolz. Beim Kandidatenshooting in Frankfurt Ende März ging es wuselig zu – vom Medienprofi bis zum Neuling mussten alle ihre Stationen ablaufen: Maske, Fotoshooting, Bildauswahl und wenn es nicht ganz passte, dann alles noch einmal von vorne. Das Besondere: nach wenigen Stunden konnten alle Kandidierenden direkt sehen, wie ihr Bild auf dem

Wahlplakat später aussehen wird. „Ich bin sehr glücklich mit dem Ergebnis“, sagt Simone Reiners, Kandidatin aus dem Wahlkreis 54, Bergstraße I. „Alle haben einen gut durch den Tag begleitet. Ich freue mich darauf, die Plakate bald endlich aufhängen zu dürfen.“ Organisiert wurde das zentrale Fotoshooting vom Landesverband im Parteihaus Frankfurt, unterstützt durch das Willy-Brandt-Haus. Am Ende der drei insgesamt Tage stand außerdem noch ein Kick-Off Event für die Kampagne an. Nancy Faeser, einstimmig nominierte Spitzenkandidatin der SPD Hessen, motiviert ihr Team: „Unser Land braucht nach 24 Jahren eine neue Politik. Lasst uns dafür kämpfen, dass alle Men-



Der SPD-Fraktionsvorsitzende Günter Rudolph beim Kandidatenshooting in Frankfurt.

schen in Hessen ein gutes und sicheres Leben führen können – unabhängig davon, wie viel Geld sie haben oder wo ihre Familien einmal herkamen.“ Die Energie, die der Start einer Kampagne verleiht, merkt man auch ihr an. Im Anschluss stellte Thomas Mühlnickel, Geschäftsführer von ASK, den Kandidatinnen und Kandidaten die Kampagne vor. Die Vorfreude auf den Wahlkampf steigt. ■

„ICH WILL HESSEN GERECHTER UND MODERNER MACHEN“

DREI FRAGEN AN NANCY FAESER, NOMINIERTER SPITZENKANDIDATIN DER SPD FÜR DIE LANDTAGSWAHL AM 8. OKTOBER 2023

vorwärts Hessen: Liebe Nancy, du wurdest Anfang Februar als Spitzenkandidatin der SPD für die Landtagswahl nominiert. Und das einstimmig. Was bedeutet dir das?

Nancy Faeser: Ich glaube, man hat mir in Friedewald angemerkt, wie sehr ich von dieser breiten Unterstützung der Genossinnen und Genossen gerührt war. Der große Rückhalt bedeutet mir wirklich sehr viel. Und er zeigt, dass wir zusammenstehen. Ich bin davon überzeugt, dass wir so unser gemeinsames Ziel im Oktober erreichen werden. Hessen braucht eine neue Politik und eine Landesregierung, die die Menschen in den Mittelpunkt stellt. Unsere Aufgabe wird es sein, die Hessinnen und Hessen in den kommenden Monaten von unseren Ideen zu überzeugen. Darauf freue ich mich.

vorwärts Hessen: Du bist erfolgreiche Innenministerin, warum möchtest du nun nach Hessen?

Nancy Faeser: Hessen ist meine Heimat und mein Herzensland. Hier lebe ich gemeinsam mit meinem Mann und meinem kleinen Sohn. Drei Jahrzehnte habe ich aus ganzem Herzen Politik in Hessen gemacht und immer dafür gekämpft, dass alle Menschen in unserem Land ein gutes und sicheres Leben führen können – ganz egal wie viel Geld sie haben oder wo ihre



QUELLE: PETER JÜLICH

Familien einmal herkamen. Da gibt es einiges zu tun. Als Ministerpräsidentin will ich Hessen stärker, moderner, gerechter und nachhaltiger machen – dafür trete ich an.

vorwärts Hessen: Und wie muss die Politik aussehen, die Hessen braucht?

Nancy Faeser: Hessen ist ein sehr starkes Bundesland. Aber wir bleiben weit hinter unseren Möglichkeiten zurück, weil die Landesregierung viele Dinge liegen lässt und die richtigen Themen einfach nicht anpackt. In Hessen ist es leider immer noch so, dass der Geldbeutel der Eltern darüber entscheidet, ob ein Kind in der Schule erfolgreich ist. Das muss aufhö-

ren. Jedes Kind soll die gleichen Chancen haben. Das ist mir eine große Herzengelage. Dafür brauchen wir mehr Erzieherinnen und Erzieher, mehr Lehrerinnen und Lehrer. Deshalb ist es mein Ziel, junge Menschen für diese tollen Berufe zu begeistern. Nur so wird es uns gelingen, jedes Talent in der Kita und in der Schule individuell zu fördern.

Ich will dafür kämpfen, dass alle Menschen in Hessen auch in Zukunft sichere Jobs haben. Und dass sie einen fairen Lohn bekommen, von dem man überall in unserem Land gut leben kann. Der Klimawandel und die Digitalisierung verändern unsere Arbeitswelt. Ich will, dass wir die Transformation so gestalten, dass Hessen ein starker und sozialer Industrie- und Dienstleistungsstandort bleibt.

Den Klimaschutz will ich konsequenter vorantreiben. Ich sage aber auch klar, dass die Kosten fair verteilt sein müssen. Im Gesundheitswesen darf nicht der Profit im Mittelpunkt stehen, sondern die Patientinnen und Patienten sowie die Beschäftigten. Ob man im Dorf oder in der Stadt wohnt – überall muss es eine gute medizinische Versorgung geben.

Und: Mein Hessen ist weltoffen. Denn es kommt nicht darauf an, wo jemand herkommt, wie er aussieht, wie er heißt oder wen er liebt. Entscheidend ist, wohin wir gemeinsam gehen wollen. ■



Kristina Luxen, SPD-Landesverband Hessen

WECHSEL IN DER LANDESGESCHÄFTSFÜHRUNG

Zum 1. März 2023 hat Kristina Luxen die Geschäftsführung des SPD-Landesverbands Hessen übernommen. Stellvertretender Geschäftsführer bleibt Willy Carlos Witthaut. Die 56-Jährige Luxen war zuvor Geschäftsführerin des SPD-Bezirks Hessen-Süd. Der Wechsel in der Geschäftsführung war aufgrund des Ausscheidens des vorherigen Landesgeschäftsführers Dr. Wilfried Lamparter notwendig geworden. Nach langer schwerer Krankheit scheidet Lamparter aus dem Dienst aus, wird dem Landesverband Hessen aber weiterhin beratend zur Seite stehen. Die hessische SPD bedankt sich für die insgesamt 16 Jahre, während der Wilfried Lamparter die Geschicke des Landesverbandes geleitet hat und wünscht ihm alles erdenklich Gute. „Es gibt wie so oft ein lachendes und ein weinendes Auge. Wir freuen uns aber, dass Wilfried Lamparter uns in beratender Funktion erhalten bleibt. Und wir freuen uns natürlich auf die Zusammenarbeit mit Kristina Luxen und darauf, mit ihr in die Landtagswahlkampagne zu starten“, sagte Generalsekretär Christoph Degen. ■

WIR
GRATULIEREN:

Andreas Brethauer,
dem Bürgermeister
von Alheim.

Matthias Horlacher,
dem Bürgermeis-
ter von Fränkisch-
Crumbach.

**Christian
Walendsius,**
dem Bürgermeister
von Lahnau.

Peter Gefeller,
dem Bürgermeister
von Staufenberg.

Sascha Weber,
dem Bürgermeister
von Wald-Michel-
bach.

DIREKTWAHLEN

4. Juni:

Özlem Bumin
möchte Landrätin
des Main-Taunus-
Kreises werden.

Martina Helmerich
möchte Bürgermeis-
terin von Bad Soden
werden.

JUNGE MENSCHEN IN DER REGION HALTEN

NANCY FAESER BESUCHT LIMBURG UND INFORMIERT SICH ÜBER NEUE WEGE FÜR DIE FACHKRÄFTEAUSBILDUNG IN DER REGION

Im Rahmen eines Hessentags war die Landesvorsitzende und Spitzenkandidatin Nancy Faeser am Montag, den 27. Februar zu Besuch in Limburg. Der Tag stand ganz im Zeichen von Bildung und Fachkräftesicherung.

Beim Besuch in der Adolf-Reichwein-Schule wurde das „Limburger Modell“ vorgestellt. Das Limburger Modell ist ein innovatives Konzept zur Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Berufsschule, das darauf abzielt, junge Menschen optimal auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten. Im Rahmen dieses Modells haben Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, schon während der Ausbildung praktische Erfahrungen zu sammeln. Dies erhöht nicht nur die Chancen auf eine Übernahme, sondern auch die Attraktivität der Ausbildung insgesamt. Dafür arbeiten allgemeine Schulen und Berufsschulen eng zusammen und bilden so unsere Fachkräfte von morgen praxisnah aus. Wie das genau funktioniert, hat sich Nancy Faeser gemeinsam mit Tobias Eckert, MdL in der Adolf-Reichwein-Schule in Limburg angeschaut. Achtklässler aus Haupt- und Realschulen können dabei in Blöcken verschiedene Berufe kennenlernen, seien es Laborberufe, Bäckerei oder Metalltechnik. Vor Ort konnte Nancy sich gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern auch praktisch in der Bäckerei der Berufsschule ausprobieren. Das Limburger Modell zeigt, wie gute Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Berufsschule gelingen kann. Es ist ein Weg, um junge Menschen in der Region zu halten und ihnen eine Perspektive zu bieten.



Gruppenfoto mit Nancy Faeser nach dem Informationsbesuch des Campus Limburg der THM und dem gemeinsamen Austausch zum Thema StudiumPlus und Fachkräftesicherung

rowirtschaft oder Metalltechnik. Vor Ort konnte Nancy sich gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern auch praktisch in der Bäckerei der Berufsschule ausprobieren. Das Limburger Modell zeigt, wie gute Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Berufsschule gelingen kann. Es ist ein Weg, um junge Menschen in der Region zu halten und ihnen eine Perspektive zu bieten.

Anschließend besuchte Nancy Faeser gemeinsam mit Tobias Eckert und dem Limburger Bürgermeister Marius Hahn die Technische Hochschule Mittelhessen in Limburg und informierte sich dort über das Angebot StudiumPlus und die Möglichkeit, Fachkräfte direkt vor Ort auszubilden. Bei StudiumPlus handelt es sich um ein duales Studium, das die praktische Ausbildung im Unternehmen mit einem Hochschulstudium verbindet. Das duale Studium ermöglicht 50 Prozent der Arbeitszeit in den Betrieben und 50 Prozent in der Hochschule, dabei gelten die gleichen Anforderungen wie an einer regulären Hochschule. Vor allem mit dem Blick in die Zukunft, um die Ausbildung von Fachkräften zu stärken und so den Herausforderungen des Arbeitsmarkts die richtigen Antworten entgegenzubringen, sind diese innovativen Ansätze besonders wichtig. Wir brauchen gut ausgebildete Fachkräfte, um den Standort Hessen zu stärken. Deshalb ist die enge Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Berufsschulen und Hochschulen auch so wichtig. ■



Nancy Faeser durfte sich in der Bäckerei der ARS Limburg selbst ein Bild von der praxisorientierten Ausbildung machen.

SNACK & CHAT – POLITIK AM MITTAG DIGITAL

NANCY FAESER STELLT ZIELE FÜR HESSEN VOR

Die Dialogreihe Politik am Mittag ist ein Veranstaltungsformat der Hessen SPD, die seit Jahren erfolgreich stattfindet und eine Plattform bietet, um mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft ins Gespräch zu aktuellen Entwicklungen zu kommen. Während der Pandemie wurde das Format erfolgreich in den digitalen Raum übertragen. Anfang März haben nun die Spitzenkandidatin Nancy Faeser und der hessische

Generalsekretär Christoph Degen erneut zum virtuellen Austausch eingeladen. „Das Format spricht für sich und wir freuen uns über die rege Teilnahme. Von den Herausforderungen für Hessen auf dem Arbeitsmarkt über die Transformation des Wirtschaftsstandorts Hessen bis hin zur Zukunft der Mobilität haben wir uns mit rund 50 Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft ausgetauscht“, freute sich Generalsekretär Christoph Degen.

„Die positiven Rückmeldungen bestätigen, dass der Veranstaltungsauftritt mit Nancy als voller Erfolg gewertet werden kann.“ Politik am Mittag habe sich als eine erfolgreiche Veranstaltungsreihe etabliert, die in den nächsten Wochen und Monaten zu unterschiedlichen Themenfeldern weitergeführt werden und auch in Zukunft dazu beitragen soll, den Austausch zwischen der hessischen SPD und den unterschiedlichsten Akteuren zu fördern. ■

FÜR GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE IN STADT UND LAND

SPD-LANDTAGSFRAKTION STELLT KONZEPT FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM VOR

Die SPD-Fraktion hat ihr Konzept für eine Stärkung der ländlichen Räume präsentiert. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Günter Rudolph, der Sprecher der Fraktion für den ländlichen Raum, Knut John, und Landrätin Anita Schneider aus dem Kreis Gießen erläuterten bei einer Pressekonferenz in Wiesbaden die wesentlichen Ansätze des Konzepts. „Die Bedeutung des ländlichen Raums für Hessen wird bedauerlicherweise immer wieder unterschätzt. 85 Prozent der Fläche Hessens sind als ländliche Gebiete definiert, rund die Hälfte der Bevölkerung lebt dort. Wenn man das Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Hessen zu gewährleisten, wirklich ernst nehmen

will, dann müssen die Dörfer und kleinen Städte im ländlichen Raum bei allen landespolitischen Entscheidungen und Planungen stärker als bisher berücksichtigt werden. Egal ob es ums Bauen, um den öffentlichen Nahverkehr, um Schulbusse oder um Ladesäulen für Elektroautos geht – das, was an Landesplanung in Frankfurt, Darmstadt und Kassel möglicherweise als großer Wurf erscheint, ist in Heidenrod, Wald-Michelbach oder Großalmerode sehr wahrscheinlich ohne Bedeutung für die Menschen und ihre Region. Wer gleichwertige Lebensverhältnisse anstrebt, muss die Unterschiede akzeptieren und seine Politik daran anpassen“, erklärte der Fraktionsvorsitzende Günter Rudolph. Der Frak-

Straßen, Schienen und schnellem Internet angebunden ist. Jahre und Jahrzehnte der Landflucht haben ihre Spuren in der Infrastruktur der Gebiete abseits der Metropolen hinterlassen. Ob bei Mobilität und Verkehr, bei der Digitalisierung, der Gesundheitsversorgung, der Schulbildung, den Kindergärten oder der Kultur – das Verschwinden von Angeboten macht es nun schwer, den Drang aufs Land so zu gestalten, dass die Menschen dort dauerhaft froh und zufrieden sind. Deswegen haben wir in unserem Konzept nicht nur Probleme beschrieben, sondern uns bemüht, praktikable und schnell wirksame Lösungen aufzuzeigen“, so John. Gelobt wurde das Konzeptpapier unter anderem von Landrätin Anita Schneider: „Insbesondere die Förderinstrumente, die das Land anbietet, müssen auf die Bedürfnisse des ländlichen Raums angepasst werden. Ich bin eine große Freundin von Regionalbudgets, die auf der Grundlage von globalen Zielvereinbarungen mit dem Land verwendet werden können. Wir alle würden die Landesmittel im ländlichen Raum gerne zielgenauer, vor allem aber unkomplizierter einsetzen können. Es mangelt in der Regel nicht an Ideen und an engagierten Menschen, sondern an der Flexibilität der zur Verfügung stehenden Förderungen. Das zu ändern, sehe ich als eine der wichtigsten Aufgaben für die nächste Landesregierung an.“ ■



FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

Aus der umfassenden Bestandsaufnahme der SPD lassen sich praxisnahe Vorschläge für eine nachhaltige Verbesserung der ländlichen Strukturen ableiten, so Landrätin Anita Schneider mit dem Fraktionsvorsitzenden Günter Rudolph.

tions-Fachsprecher Knut John verwies insbesondere auf die identitätsstiftenden Faktoren des ländlichen Raums. „Wir sehen – auch bedingt durch die unbezahlbaren Wohnkosten in den Großstädten – wieder einen gewissen Zuzug in die ländlichen Gebiete. Das passiert aber nur dort, wo der ländliche Raum mit



FOTO: CHRISTOF MATTES

Turgut Yüksel, MdL

WENIG ECHTE NEUIGKEITEN

Erneut hat die SPD-Fraktion den Gesetzentwurf der Landesregierung für ein hessisches Integrationsgesetz kritisiert. „Wir als SPD-Fraktion bleiben bei unserer Kritik am vorgelegten Gesetzentwurf der Landesregierung. In der Anhörung hat sich in zahlreichen Stellungnahmen gezeigt: Das Gesetz enthält nur wenige echte Neuigkeiten für die Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Hessen und noch weniger Auswirkungen auf deren Lebensrealität. Ohne konkrete Ergänzungen wird es kaum Konsequenzen für die Lebensrealität der hessischen Bevölkerung haben.“ Die SPD-Fraktion habe daher einen umfangreichen Änderungsantrag zum Gesetzentwurf vorgelegt. Sie fordere darin unter anderem die Verankerung einer Landesförderung für unabhängige professionelle Beratungsstrukturen, den Einsatz und die Finanzierung professioneller Dolmetscher und Sprachmittler, die Festlegung des Landes auf unbürokratische und umfassende medizinische Versorgung Geflüchteter sowie vereinfachte und beschleunigte Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt. Die zuständigen Stellen für Einbürgerungsverfahren müssten geeignet ausgestattet werden, um Einbürgerungsverfahren zügig durchführen zu können. ■

SPD-FRAKTION SETZT SICH FÜR MEHR ANERKENNUNG UND RESPEKT FÜR DIE PFLEGE EIN

Der Alltag in vielen Pflegeheimen und Krankenhäusern ist durch lange Wartezeiten für Patientinnen und Patienten, viel zu geringe Behandlungskapazitäten in der Kinder- und Jugendmedizin und einen gefährlichen Personalmangel gekennzeichnet. Die Lage in der Pflege ist dramatisch, und das System stößt an seine Grenzen, so schilderte die gesundheits- und pflegepolitische Sprecherin, Dr. Daniela Sommer, die aktuelle Situation in den Pflegeberufen. In der zurückliegenden Plenardebatte erläuterte Sommer: „Pflegebedürftige Menschen haben eine gute Versorgung verdient und Pflegenden haben mehr Anerkennung, Respekt und vor allem Wertschätzung verdient. Das bedeutet für uns, dass sich einiges ändern muss: Die Ausbildung muss attraktiver und bekannter gemacht werden. Wir brauchen außerdem ein Sozialpraktikum, genügend Plätze und Schulen sowie die Weiterqualifizierung

bis hin zum Studium. Die Anerkennung muss zudem beschleunigt und der sozialpädagogische Mehraufwand berücksichtigt werden. Auch könnten Bildungsgutscheine sowie der Einsatz von Sozialarbeitern helfen. Aber vor allem müssen sich die Arbeitsbedingungen dringend verbessern. Das Personal braucht wieder mehr Zeit, um sich um die Bedürfnisse der zu Pflegenden zu kümmern.“ Darüber hinaus brauche es Kompetenzerweiterung, mehr



FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

Frau Dr. Daniela Sommer, MdL

Entscheidungskompetenz und Mitsprache der Pflege, betriebliche Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Prävention am Arbeitsplatz, die Umsetzung einer verbesserten Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf sowie eine Entbürokratisierung. „Der Handlungsbedarf ist groß. Mit der Offensive ‚Respekt und gute Arbeit‘ für alle Beschäftigten setzen wir uns für verlässliche Arbeitszeiten, gute Arbeitsbedingungen und eine am tatsächlichen Pflegebedarf orientierte Personalbemessung ein – für eine umfassende und personenorientierte Pflege“, so Sommer. Außerdem müssten pflegende Angehörige dringend besser entlastet und unterstützt werden, indem die Angebote der ambulanten Pflege, Tages-, Kurzzeit- oder Verhinderungspflege oder Entlastungsleistungen ausgeweitet werden. Sommer forderte in diesem Zusammenhang die Umsetzung eines von der SPD vorgeschlagenen Landespflegeplans. ■



FOTO: CHRISTOF MATTES

Tanja Hartdegen, MdB

SCHUTZ VON BERATUNGSSTELLEN

Der Hessische Landtag hat in der vergangenen Plenardebatte über den Schutz von Frauen vor Störungen bei der Schwangerenkonfliktberatung debattiert. „Die Entscheidung über die Fortsetzung oder einen möglichen Abbruch der ungewollten Schwangerschaft stellt eine erhebliche psychische Belastung dar, die nicht von negativen Einflüssen von außen verschärft werden soll“, sagte die SPD-Abgeordnete Hartdegen. Der Besuch der Schwangerenkonfliktberatung dürfe deswegen nicht noch durch sogenannte „Mahnwachen“ von militanten Abtreibungsgegnern und fundamentalistischen Gruppen vor den Beratungsstellen zu einem Spießrutenlaufen für die betroffenen Frauen werden. Der Staat müsse in die Pflicht genommen werden, dafür zu sorgen, dass die gesetzlich vorgeschriebene Beratung uneingeschränkt und ohne Druck von außen erfolgen könne. „Es geht hier vor allem um die Persönlichkeitsrechte der betroffenen Frauen“, so Hartdegen. Die SPD unterstütze deshalb eine gesetzliche Regelung, die den freien, ungehinderten und anonymen Zugang zur Konfliktberatung sicherstelle, indem Kundgebungen, Demonstrationen und sogenannte „Mahnwachen“ in Sichtweite der Beratungsstellen unterbunden werden. ■

HESSEN MUSS BEI DER BEWÄLTIGUNG DER HERAUSFORDERUNGEN IN DER WIRTSCHAFTS- UND ARBEITSWELT AKTIV MITGESTALTEN

Wirtschaft und Arbeit in Hessen stehen vor großen Herausforderungen. Der Klimawandel, die digitale Transformation sowie der demografische Wandel stellen den Wirtschaftsstandort Hessen dabei vor große Veränderungsnotwendigkeiten. Die hiermit einhergehenden Veränderungen für die Wirtschafts- und Arbeitswelt lassen sich im Interesse der Menschen nur gemeinsam im Zusammenspiel von Wirtschaft, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie ihrer gewerkschaftlichen Vertretung und der Politik gestalten. Vor diesem Hintergrund hat die SPD-Landtagsfraktion einen Gesetzentwurf für die Schaffung eines Transformationsfonds für Hessen eingebracht. Der Fonds sieht vor, in den nächsten zehn Jahren Mittel in Höhe von zwei Milliarden Euro aus dem Landeshaushalt zur Verfügung zu stellen, um somit die Veränderungsprozesse für Wertschöpfung und gute Arbeit in Hessen gezielt zu unterstützen. Durch die Bereitstellung von jährlich 200 Millionen Euro in der kommenden Dekade wird somit sichergestellt, dass die für die hessische Wirtschafts- und Arbeitswelt anstehenden Herausforderungen langfristig und zukunftssicher adressiert und bewältigt werden können. „Die Wirtschafts- und Arbeitswelt befindet sich auch in Hessen in



FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

Tobias Eckert, MdB

einem komplexen Transformationsprozess. Die Menschen spüren überall, dass sich insbesondere durch den Klimawandel die Notwendigkeit der weiteren Digitalisierung und auch durch den demografischen Wandel die Welt um sie herum verändert. Dieser Prozess macht auch vor der Wirtschafts- und Arbeitswelt nicht halt und schürt Verunsicherungen und Zukunftsängste. Aufgabe von verantwortungsvoller Wirtschaftspolitik ist nach unserer Auffassung, hierauf zu reagieren und die Menschen in diesen Veränderungsprozessen zu begleiten und alle beteiligten Akteure – Unternehmen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Gewerkschaften – bei den notwendigen Maßnahmen zu unterstützen. Für diesen Zweck schlagen wir einen Transformationsfonds für Hessen vor, der diesen Veränderungsprozess in den kommenden zehn

Jahren mit zwei Milliarden Euro unterstützt und gezielte Maßnahmen zur sozialen und ökologischen Umgestaltung des hessischen Wirtschaftsstandortes finanziert“, erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher, Tobias Eckert, zur Einbringung des Gesetzentwurfs in den Hessischen Landtag. Für die SPD sei von zentraler Bedeutung, eine starke Wirtschaft, gute Arbeitsbedingungen und ökologische Verantwortung gemeinsam zu denken und die Wirtschaftspolitik auch einer zukünftigen Landesregierung daran auszurichten. Gleichzeitig nehme der Gesetzentwurf regionale Besonderheiten der hessischen Wirtschafts- und Unternehmensstruktur in den Fokus. „Transformation kann nach unserer Überzeugung nur im Zusammenspiel und unter Einbeziehung der Kommunen, der örtlichen Kammern, Gewerkschaften, Bildungseinrichtungen und weiterer Akteure gelingen. Aus diesem Grund besteht ein Schwerpunkt des Gesetzentwurfs in der Schaffung von regionalen Transformationsclustern, in denen sich insbesondere die Kommunen und Kommunalverbände federführend einbringen und hierfür Mittel beantragen können“, so Eckert. Der Transformationsfonds soll als fester Bestandteil der Haushaltsplanungen auch aus dem jährlichen Landeshaushalt bereitgestellt werden. ■

SELBSTGERECHTIGKEIT STATT SELBSTKRITIK

BEUTH UND BOUFFIER ALS LETZTE ZEUGEN IM UNA 20/1

Der Untersuchungsausschuss des Hessischen Landtags zu der Ermordung von Dr. Walter Lübcke (UNA 20/1) hat als letzte Zeugen in der Beweisaufnahme den amtierenden hessischen Innenminister Peter Beuth sowie den früheren Innenminister und Ministerpräsidenten a. D. Volker Bouffier (beide CDU) vernommen. „Der Ausschuss hat in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren

deutlich herausgearbeitet, dass hessische Sicherheitsbehörden – insbesondere das LfV, das Landesamt für Verfassungsschutz – im Vorfeld des Mordes an Dr. Walter Lübcke erhebliche Fehler gemacht haben. Herr Beuth hatte die Chance, angesichts des offenkundigen Behördenversagens in seinem Verantwortungsbereich endlich einmal politisch und persönlich Demut zu zeigen. Aber er war nicht willens, diese



FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Günter Rudolph

Chance zu nutzen. Stattdessen mussten wir einen uneinsichtigen und selbstgerechten Minister erleben, der keine eigenen Fehler eingestehen wollte“, sagte der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und SPD-Obmann im Untersuchungsausschuss, Günter Rudolph. Die Fak-

ten würden jedoch eine andere Sprache sprechen: Stephan Ernst, der Mörder von Dr. Walter Lübcke, wurde ab 2009 aus der Beobachtung durch das LfV herausgenommen. Ernsts Personenakte wurde beim LfV 2014 gesperrt und stand dadurch für die operative Arbeit des Amtes nicht mehr zur Verfügung. Der ebenfalls als gewaltbereiter Rechtsextremist aktenkundige Markus H. konnte sich eine Waffenbesitzkarte erstreiten, weil der hessische Verfassungsschutz das zuständige Gericht nur unvollständig informierte. Und keine hessische Sicherheitsbehörde hat die Gefährdungslage richtig eingeschätzt, als Dr. Walter Lübcke im Internet von einem entfesselten Mob beschimpft und bedroht wurde, weil er sich für die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus Syrien positioniert hatte. „All dies geschah, während Peter Beuth und sein Vorgänger Volker Bouffier die politische Verantwortung für die Arbeit der Sicherheitsbehörden in Hessen trugen – eine Verantwortung, der sie offenkundig nicht gerecht geworden sind“, fasste Rudolph zusammen. ■

EINE FEIER FÜR STARKE FRAUEN

Starke Frauen standen im Mittelpunkt der Feier zum Weltfrauentag der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag. Zu diesem Anlass füllte sich der Mediensaal des Hessischen Landtags, in rotes Licht getaucht, am Abend des 7. März mit rund 180 Besucherinnen und Besuchern. Zur Begrüßung wurde den Gästen ein roter Cocktail gereicht. Gegen 18 Uhr betrat der Fraktionsvorsitzende Günter Rudolph die Bühne, um alle Anwesenden herzlich zu begrüßen. Er sagte, dass seine Fraktion derzeit aus 13 Männern und 16 starken Frauen bestehe und damit das Ziel der Parität sogar übererfüllt sei: „Und das ist auch gut so! Die Vielfalt in unserer Fraktion unterscheidet uns und unsere Arbeit positiv von der politi-

schen Konkurrenz“, sagte Rudolph. Seiner Rede folgte eine berührende Videosequenz, in der Frauen vor die Kamera traten und sagten, was für sie eine starke Frau ausmacht. Dabei kamen Abgeordnete der SPD-Fraktion, junge und alte Frauen sowie Frauen aus aller Welt zu Wort. Ein Statement wurde sogar auf Ukrainisch gesprochen. Die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Nadine Gersberg, sagte schließlich: „Starke Frauen sind wie du und ich.“ Sie übernahm

das Mikrofon und bat die erste deutsche Innenministerin Nancy Faeser zu einem Gespräch auf der Bühne. Gersberg und Faeser diskutierten „von Frau zu Frau“ und prangerten die immer noch bestehenden Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen an, die sogenannten „Gendergaps“. Es ging um Gewalt gegen Frauen, Frauen in Führungspositionen und auch um starke Frauen, die Hoffnung machen. Faeser erwähnte Kamala Harris, die erste amerikanische Vizepräsidentin mit Migrationsgeschichte. Schließlich

fasste Gersberg schließlich zusammen: „Seit mehr als 100 Jahren demonstrieren wir Frauen weltweit gegen Diskriminierung und für die Gleichberechtigung von Frauen. Zwar ist bereits viel erreicht worden in Sachen Gleichstellung, aber noch lange nicht genug. Da Geschlechtergerechtigkeit und Gewaltschutz der schwarzgrünen Landesregierung noch immer keine Priorität zu genießen, brauchen wir in Hessen endlich einen Politikwechsel, um die Gleichstellung der Geschlechter voranzubringen.“ Abgeordnete und Gäste ließen den Abend gesellig bei Wein, Imbiss und Musik ausklingen. Innenministerin Nancy Faeser blieb den ganzen Abend lang und genoss sichtlich die Gespräche mit den vielen anwesenden Frauen. ■



Die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion diskutierte mit der Bundesinnenministerin Nancy Faeser „von Frau zu Frau“.



Die Frauentagsveranstaltung der SPD-Fraktion freute sich über rund 180 Gäste.



Günter Rudolph, Mdl.

CDU UND GRÜNE STIMMEN GEGEN POLITISCHE BETEILIGUNG JUGENDLICHER

Der Hessische Landtag hat nach der Dritten Lesung eines entsprechenden Gesetzentwurfes der SPD-Fraktion die Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen auf 16 Jahre abgelehnt. Neben der AfD stimmten auch die Koalitionsfraktionen von CDU und Grünen gegen die von der SPD vorgeschlagene Verbreiterung der Wählerbasis auf alle ab 16. „Ob man junge Menschen aktiv an der Gestaltung von Politik – und damit an der Gestaltung der Zukunft – mitwirken lässt, ist letztlich eine Frage des politischen Willens und des richtigen gesellschaftlichen Kompasses. CDU und Grüne haben eindringlich bewiesen, dass es ihnen an beidem fehlt“, erklärte der Fraktionsvorsitzende Günter Rudolph dazu. Er bedauere sehr, dass der SPD-Vorstoß an den Regierungskoalitionen gescheitert sei. „Vor allem die Grünen-Abgeordneten im Landtag werden ihren eigenen Parteimitgliedern und ihren bisherigen Wählerinnen und Wählern jetzt viel zu erklären haben, denn sie haben heute zugunsten des Koalitionsfriedens mit der CDU erneut ihre eigenen Werte und Ziele verraten: Im Parteiprogramm der Grünen steht die Forderung, jungen Menschen ab 16 das Wählen zu ermöglichen, aber im Landtag kuscheln sie vor dem Koalitionspartner. Die Wählerinnen und Wähler sollten diese besondere Form der Rückgratlosigkeit nicht vergessen“, so Rudolph. ■

ROSA WAR GESTERN DIE NEUE AUSGABE VON ZUKUNFT HESSEN – VON FRAUEN FÜR FRAUEN ZUM WELTFRUAENTAG

Zum ersten Mal in der Geschichte von Zukunft Hessen wurde das Editorial von unserer parlamentarischen Geschäftsführerin Daniela Sommer geschrieben. Die Männer der Fraktion kommen in diesem Heft nur vor, um deutlich zu machen, dass es auch heute noch Fragen gibt, die nur Frauen gestellt werden und nicht Männern. Dafür sind sich die männlichen Abgeordneten dieser Fraktion nicht zu schade. Denn für sie ist es selbstverständlich, dass Frauen ebenso wie Männer in der Politik arbeiten und Verantwortung für die Gestaltung unseres Landes Hessen tragen. Mit der neuen Ausgabe unseres Magazins, machen wir deutlich, dass Frauen immer noch, auch 70 Jahre nach der Festschreibung der Gleichberechtigung im Grundgesetz, aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert werden. Wir beschreiben die „Gender-Gaps“, die diese Diskriminierung in Zahlen belegen. Wir thematisieren Gewalt gegen Frauen und



die alltäglichen Diskriminierungen, die jede Frau kennt. Wir stellen unsere Bundesinnenministerin Nancy Faeser vor und lassen uns von ihr erzählen, welche Hürden sie als erste Frau in diesem Amt meistern muss. Wir erzählen von Frauen, die Männerdomänen leiten, vom Einsatz unserer weiblichen Abgeordneten für Frauenrechte und von einer mutigen Gruppe aus Wiesbaden, die Belästigung – sogenanntes Catcalling – im wahrsten Sinne des Wortes „ankreidet“. „Gestern war rosa – heute ist rot“ lautet der Titel unseres neuen Magazins, das in der Gestaltung erstmals eine doppelte Titelseite hat. Sie soll zeigen, dass in der Gleichstellung in den vergangenen 70 Jahren zwar viel passiert ist, aber noch lange nicht genug. Die Gleichstellung von Frauen und Männern bleibt deshalb ein zentrales Ziel der Politik der SPD-Fraktion. ■

LANDESREGIERUNG VERANTWORTET FEHLERHAFTHEIT PERSONAL- UND SICHERHEITSPOLITIK DES LETZTEN JAHRZEHNTS

In der zurückliegenden Regierungserklärung von Innenminister Beuth hat dieser die Polizeiliche Kriminalstatistik gelobt. „Das kann wohl nur als reines Wahlkampfgetöse bezeichnet werden. Denn die im Rahmen der Polizeilichen Kriminalstatistik vorgestellten Zahlen sind mit Sicherheit keine Erfolgsbilanz. Das Fallaufkommen hat sich im Vergleich zum Vorjahr drastisch erhöht, die Aufklärungsquote sinkt. Selbst unter Nichtberücksichtigung der sogenannten Coronajahre 2020 und 2021 ist ein deutlicher Fallanstieg zum Vergleichsjahr



Heike Hofmann, MdL

QUELLE: CHRISTOF MATTES

2019 mit gleichzeitig sinkender Aufklärungsquote zu verzeichnen“, sagte Heike Hofmann in der Debatte. Sie kritisierte zudem die Wirkungslosigkeit von Beuths „Maßnahmen“ bei Angriffen auf Einsatzkräfte, die laut Polizeilicher Kriminalstatistik auch weiterhin kaum zurückgingen. „Die Zahl der Übergriffe ist auch weiterhin inakzeptabel hoch. Wir brauchen Initiativen jenseits der Forderung nach schärferen Strafen und auch der immer wiederkehrenden Hinweis von Innenminister Peter Beuth auf die Schutzschleife als Zeichen der Solidarität reicht nicht aus. Die Justiz muss Verfahren im Zusammenhang mit Gewalt gegen Einsatzkräfte schnell abarbeiten. Darüber hinaus bedarf es eines gesamtgesellschaftlichen Wandels und Investitionen in politische Bildung, um ein besseres Bild der Polizei, ihrer Aufgaben und ihrer Bedeutung in einem Rechtsstaat zu vermitteln.“ Die SPD-Politikerin rief den Innenminister dazu auf, sich zumindest am Ende seiner zehnjährigen Amtszeit an die Seite der Polizistinnen und Polizisten zu stellen, und sagte mit Blick auf die Landesregierung: „Wir

brauchen eine Landesregierung, die sich für die hessische Polizei einsetzt. Die hessische Landesregierung aus CDU und Grünen macht dies explizit nicht. Sie verantwortet die Stellenabbauprogramme der letzten Legislaturperiode, sie verantwortet die Nullrunde für die hessischen Beamtinnen und Beamten im Jahr 2015 und sie verantwortet die verfassungswidrige Besoldung in Hessen, die auch mit dem im letzten Plenum verabschiedeten Gesetzentwurf nicht geheilt wird. Diese Politik hat das Vertrauen der hessischen Polizei in ihren obersten Dienstherrn nachhaltig gestört und sie führte dazu, dass der Polizeiberuf in Hessen immer unattraktiver wurde. Dies belegen auch die Zahlen im aktuellen Einstellungstermin: Mit nur 260 Anwärterinnen und Anwärtern befinden sich die Einstellungen auf einem historisch niedrigen Niveau. Die Ideen- und Tatenlosigkeit der Landesregierung und vor allem die des Innenministers bei der Frage der Schaffung von guten Arbeitsbedingungen für die hessische Polizei ist und bleibt beeindruckend im negativen Sinne“, so Hofmann. ■

JUSTIZ ENTLASTEN, STIGMATISIERUNG BEENDEN

SPD-FRAKTION FORDERT ENTKRIMINALISIERUNG DES „SCHWARZFAHRENS“

Die SPD-Fraktion möchte das umgangssprachlich als „Schwarzfahren“ bezeichnete Erschleichen von Beförderungsleistungen von einer Straftat zu einer Ordnungswidrigkeit herabstufen. Diesen Schritt bezeichneten die justizvollzugspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Tanja Hartdegen, und der rechtspolitische Sprecher der Fraktion, Gerald Kummer, als längst überfällig. „Wer in der Stadt 75 statt 50 Stundenkilometer fährt, begeht lediglich eine Ordnungswidrigkeit. Aber wer in der Bahn oder im Bus ohne Fahrschein ange-

troffen wird, begeht eine Straftat nach Paragraph 265a des Strafgesetzbuches. Ein erheblicher Teil der Strafen, die von den Gerichten deswegen verhängt werden, besteht aus sehr niedrigen Tagessätzen zwischen fünf und zehn Euro. Die Mehrheit der Verurteilten hat also wenig oder kein Geld, was deutlich macht, dass es sich beim sogenannten ‚Schwarzfahren‘ in der Regel nicht um einen Ausdruck von krimineller Energie handelt, sondern um ein soziales Problem. Im Ergebnis werden dann so genannte Ersatzfreiheitsstrafen vollstreckt, die keinerlei positiven Effekt

auf das künftige Verhalten der Verurteilten haben. In der Praxis führen die weitgehend wirkungslosen Freiheitsstrafen wegen ‚Schwarzfahrens‘ vor allem dazu, dass Menschen, die ums finanzielle Überleben ringen, zusätzlich noch kriminalisiert und stigmatisiert werden“, erklärte Tanja Hartdegen. „Solange das Erschleichen von Beförderungsleistungen als Straftat gilt, solange werden die vielen Strafverfahren, die daraus resultieren, das Justizsystem belasten. Zu den internen Kosten bei Staatsanwaltschaften und Gerichten kommen die erheblichen Aufwendungen für die Ersatzfreiheitsstrafen: Ein einziger Tag in einer hessischen Justizvollzugsanstalt kostet die Allgemeinheit zwischen 120 und 180 Euro“, ergänzte Kummer. Dieses Missverhältnis müsse aus Sicht der SPD beseitigt werden. Hartdegen und Kummer fordern daher von der schwarzgrünen Landesregierung, über den Bundesrat eine Gesetzesänderung zu initiieren, die das Erschleichen von Beförderungsleistungen von einer Straftat zu einer Ordnungswidrigkeit herabstuft. Die enormen Summen, die der Staat derzeit für die Verfolgung von „Schwarzfahrern“ aufwende, ließen sich in Förder- und Unterstützungsprojekten für von Armut betroffene Menschen sinn- und wirkungsvoller einsetzen. ■



QUELLE: CHRISTOF MATTES

Die justizvollzugspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Tanja Hartdegen, und der rechtspolitische Sprecher der Fraktion, Gerald Kummer.



FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

Heike Hofmann, MdL

UNGENAUIGKEITEN DER BEHÖRDEN

Im Untersuchungsausschuss zum rassistischen Attentat von Hanau am 19. Februar 2020 (UNA 20/2) wurden weitere Zeugen vernommen. „Überlebende und Betroffene rechtsextremistischer Anschläge benötigen schnellere und unbürokratischere Hilfen. Insbesondere die erforderlichen Gutachten über den gesundheitlichen Zustand der Betroffenen sind sehr belastend und retraumatisierend. Zudem sollten die Hilfen aus einer Hand erfolgen. Diesen Eindruck bestätigte auch der vernommene Überlebende des rassistischen Anschlags“, erklärte die SPD-Obfrau Heike Hofmann dazu. Ein Teil des von der SPD beantragten E-Mail-Verkehrs, der zur Aufklärung des Vorwurfs der unzulässigen Einflussnahme auf das Ermittlungsverfahren in Bezug auf die Notruforganisation hatte beitragen sollen, sei, so wurde mitgeteilt, gelöscht worden. Diesen Löschvorgang habe die SPD mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, so Hofmann. „Obwohl der Vorwurf der unzulässigen Einflussnahme durch das Landespolizeipräsidium in mehreren Sitzungen thematisiert wurde und somit ersichtlich war, dass hier noch weiter aufgeklärt würde, nahm man eine Löschung des E-Mail-Postfachs vor. Das erschwert die Aufklärung und ist mehr als irritierend“, sagte Hofmann. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen

Redaktion:
Christoph Gehring (verantwortlich)
Gloria Rümer
Isabel Kunkel
Willy Witthaut

Anschrift:
Schlossplatz 1–3
65183 Wiesbaden